

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 2. Juni 2016

Volkswirtschaftsdirektion

75 2016.RRGR.207 Kreditgeschäft

Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT). Berner Pflanzenschutzprojekt: Kantonsanteil an die Kosten für die Projektrealisierung und die Massnahmen. Ausgabenbewilligung; Rahmenkredit; Verpflichtungskredit 2017 bis 2025

Beilage Nr. 11, RRB 260/2016

Antrag SP-JUSO-PSA (Führer-Wyss) / Grüne (Baumann)

Rückweisung des Kredites mit der Auflage die Umstellung auf Biolandbau und die Förderung des Biolandbaus als Massnahme aufzunehmen

Abänderungsantrag Baumann (Grüne)

Das Programm ist um folgenden Punkt zu ergänzen: Für die zweijährige Umstellungsphase auf biologischen Landbau wird ein jährlicher Umstellungsbeitrag von: 200.–/ha offene Ackerfläche und Dauerkulturen geleistet.

Präsident. Wir fahren weiter mit Traktandum 75. Dazu begrüsse ich den Volkswirtschaftsdirektor und danke ihm für seine Flexibilität. Es geht um ein Kreditgeschäft, das dem fakultativen Referendum untersteht. Deshalb führen wir eine freie Debatte. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst gebe ich das Wort dem Kommissionssprecher der FiKo; anschliessend behandeln wir den Rückweisungsantrag der Fraktionen SP-JUSO-PSA und Grüne. Je nachdem, wie das Resultat der diesbezüglichen Abstimmung aussehen wird, werden wir fortfahren.

Hans Kipfer, Thun (EVP), Kommissionssprecher der FiKo. Wir kommen zum Verpflichtungskredit für das Berner Pflanzenschutzprojekt. Der Kredit wurde in der FiKo vorberaten, und ich darf Ihnen das Geschäft kurz erläutern. Als Einstieg ein Wort zum System der Landwirtschaftsfinanzierung. Agrarpolitik ist bekanntlich überwiegend Bundespolitik, während wir im Kanton oft subsidiär im Vollzug stehen. Ganz generell gesagt, besteht die Agrarfinanzierung einerseits aus dem Direktzahlungssystem und andererseits aus Projektfinanzierungen. Die Direktzahlungen decken je nach Art der Landwirtschaft die konstante und standardmässige Bewirtschaftung ab, und die Projektbeiträge werden für regionale und branchenspezifische Projekte zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Nutzung der natürlichen Ressourcen ausgesprochen. Hier spricht man von Anreiz- und Fördersystemen. Die Erkenntnisse aus den Förderprojekten können zu einem späteren Zeitpunkt durchaus ins Direktzahlungssystem übergeführt werden, wenn sich daraus ein nachhaltiger Standard etabliert. So passiert ist das auch beim Vorgängerprogramm des Berner Pflanzenschutzprojekts, dem Projekt Boden.

Das jetzt vorliegende Berner Pflanzenschutzprojekt wurde in einem mehrjährigen Prozess mit den Beteiligten konzipiert. Beteiligt sind nicht nur das Bundesamt für Landwirtschaft und das kantonale LANAT, sondern insbesondere auch der Berner Bauernverband und weitere Organisationen inklusive Beteiligter aus dem Biolandbau. Das ist für die weiteren Anträge sicher wesentlich. Das Pflanzenschutzprojekt verfolgt folgende Ziele: eine Reduktion des Herbizideinsatzes, eine Reduktion des Fungizid- und Insektizideinsatzes, eine Reduktion der oberflächlichen Abschwemmung von Pflanzenschutzmitteln und eine Risikoreduktion durch Investitionen bei den Anlagen. Dazu gibt es ein Massnahmenpaket, das sich von Wissenstransfer, Information und Beratung über die Reduktion der Spritzbrühe und die umweltgerechten Entsorgung bis hin zu Investitionen in sachgerechte Wasch-

plätze erstreckt. Die Nutzer dieser Massnahmen sind vor allem Betreiber von Ackerbau und von Spezialkulturen, das heisst, von Gemüsebau und von Rebbau. Wir sprechen also nicht vom Viehzuchtbereich.

Finanziert wird das Programm mit knapp 50 Mio. Franken durch den Bund, mit erwarteten Eigenleistungen der Branche von ungefähr 2,4 Mio. Franken und mit dem Restbetrag von 17 Prozent, der 10,6 Mio. Franken entspricht, für die Jahre 2017–2025 durch den Kanton. Es handelt sich also um ein mehrjähriges Programm. Fragen, welche die Biobetriebe betreffen und zu denen nun auch Anträge vorliegen, wurden sowohl im Ausschuss wie auch im FiKo-Plenum eingehend diskutiert. Anhand einer separaten Liste, die Teil des Projektgesuchs ist, wurde uns dargelegt, welche Massnahmen Biobetriebe nutzen können und welche Massnahmen mit Beiträgen für Umstellbetriebe zur Geltung kommen. Insbesondere ist ein Herbizidverzicht für Umstellbetriebe möglich und wird mit einem Beitrag von 400 Franken pro Hektare entschädigt. Der Ergänzungsantrag der Grünen, die generell Bioumstellung ins Programm aufzunehmen, lag der FiKo in ähnlicher Form vor. Eine Mehrheit von 7 zu 4 Stimmen bei einigen Enthaltungen sprach sich dagegen aus; dies vor allem mit zwei Begründungen: Einerseits haben wir ein fertig ausgehandeltes Bundesprogramm, das nicht kurzfristig abgeändert werden kann. Und andererseits wurde festgestellt, dass Umstellbetriebe und Biobetriebe über Direktzahlungsbeiträge für ihre Bemühungen entschädigt werden und man hier keine Durchmischung von Anreizsystem und konstanten Beiträge machen will. Der konkrete Rückweisungsantrag lag der FiKo so nicht vor. Dem Gesamtkredit stimmte die FiKo ohne Gegenstimme mit 3 Enthaltungen zu. Sie empfiehlt dem Rat, das Berner Pflanzenschutzprogramm wie vorliegend als Förder- und Anreizsystem zur Umsetzung freizugeben.

Regina Fuhrer, Burgistein (SP). Wir stellen einen Antrag auf Rückweisung des Kredits für das Pflanzenschutzprojekt mit der Auflage, dass zusätzliche Massnahmen aufgenommen werden, welche die Förderung von und Umstellung auf Biolandbau betreffen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen diesen Kredit und schon gar nicht grundsätzlich gegen das Projekt. Das Projekt hat zum Ziel, den umweltgerechten Pflanzenschutz zu fördern und damit die Belastung der Gewässer mit Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Diese Ziele sind äusserst wichtig und richtig. Uns stört jedoch, dass bei diesem Projekt der Biolandbau als Ganzes und die Förderung des Biolandbaus nicht aufgeführt sind. Der Biolandbau ist diejenige Landbaumethode, die umweltgerecht und nachhaltig Lebensmittel produziert und konsequent auf sämtliche chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel verzichtet. Die Förderung des Biolandbaus und die Förderung der Umstellung auf Biolandbau ist demnach die effizienteste und beste Methode überhaupt, um die Pestizidbelastung in der Umwelt zu reduzieren. Im Projekt sind elf konkrete Massnahmen aufgeführt; neun davon sollen auch für die Biobetriebe möglich sein, zum Teil zeitlich beschränkt. Aber ob zum Beispiel ein Waschplatz oder eine Aufbereitung und Entsorgung von Spritzbrühe tatsächlich von vielen Biobetrieben benötigt und nachgefragt wird, ist fraglich.

Beim Projekt geht es um viel Geld: Insgesamt kostet es über 6 Jahre 62,7 Mio. Franken. Der grösste Teil davon wird vom Bund übernommen; 10,6 Mio. Franken würde der Kanton Bern beisteuern. Wir begrüssen, dass mit diesem kofinanzierten Projekt seitens des Bundes Anstrengungen unternommen werden, um die Nebenwirkungen von Pflanzenschutzmitteln zu verringern. Der Bund lanciert zurzeit national einen Aktionsplan Pflanzenschutz. Darin sollen auch Produktionssysteme gefördert werden, die weniger und wenig Pflanzenschutzmittel einsetzen. Ich bin überzeugt, dass der Bund, wenn wir das Projekt nun zur Überarbeitung und zur Aufnahme der neuen Massnahmen zurückweisen, unser kantonales Projekt auch mit den von uns geforderten Ergänzungen unterstützen wird. Wir wollen also, dass das Projekt mit Massnahmen zur Förderung des Biolandbaus ergänzt wird. Deshalb weisen wir den Kredit heute zurück.

Kilian Baumann, Suberg (Grüne). Bei diesem Kredit geht es, wie bereits gesagt wurde, um sehr viel Steuergeld: um 62,7 Mio. Franken, zu denen der Kanton Bern 10,6 Mio. beitrugen muss. Dies, um Pestizidemissionen zu verhindern oder ein wenig einzudämmen. Ich kann es vielleicht etwas provokativer sagen, als es Grossrat Kipfer formuliert hat: Man subventioniert den Bauern neue Spritzen, in der Hoffnung, die Gewässer würden dadurch irgendwann sauberer. Grossrat Kipfer hat ebenfalls bereits gesagt, dass dieses Projekt das Nachfolgeprojekt des Bodenschutzprogramms ist, mit dem der Herbizideinsatz noch gefördert wurde, um den Boden zu schützen. Das war das Ziel. Vor wenigen Tagen stellte man beim Bund fest, dass zwar sehr viel öffentliches Geld investiert wurde, bewirkt hat dieses leider nur sehr wenig. In einem Punkt sind wir uns wohl alle einig: Der effektivste und kostengünstigste Weg, um Pestizidemissionen zu verhindern, ist, gar keine Pestizide ein-

zusetzen.

Wir finden das Ziel dieses Projekts, die Belastung der Umwelt durch Pflanzenschutzmittel zu reduzieren, absolut richtig. Es stellt sich jedoch die berechnigte Frage, weshalb dies der Steuerzahler finanzieren muss und weshalb solche Projekte nicht beispielsweise über Lenkungsabgaben finanziert werden. In unserer Fraktion kam auch die Frage auf, wieso der Steuerzahler die Spritzen und Waschplätze finanziert, während KMU, die mit Chemikalien hantieren, dies selbst zahlen müssen. Wenn ich richtig informiert bin, werden im Kanton Bern 2000 Pflanzenschutzspritzen eingesetzt. Wenn wir die 62 Mio. Franken durch diese 2000 Pflanzenschutzspritzen teilen, heisst dies, dass jede einzelne Spritze, die im Einsatz steht, mit 31 000 Steuerfranken unterstützt wird. Das Programm ist bekanntlich freiwillig, niemand wird gezwungen dort mitzumachen. Es gibt keine verpflichtenden Massnahmen; man darf mitmachen, wenn man das Geld abholen will. Hier im Saal gibt es sicher einige, die zu Hause ebenfalls eine solche Spritze haben. Ich gehe davon aus, dass diejenigen dem Kredit sicher zustimmen werden.

Zum Rückweisungsantrag: Wie Grossrätin Fuhrer gesagt hat, können von den geplanten Massnahmen auch Biobauern profitieren. Aber es wird sofort ersichtlich, dass der grösste Teil des Geldes in die konventionelle Landwirtschaft fliessen wird. Mit unserem Rückweisungsantrag geben wir noch einmal die Möglichkeit, einen Massnahmenplan so auszuarbeiten, dass auch die biologische Landwirtschaft angemessen davon profitieren kann. Bei diesem Geschäft hatten wir bekanntlich zuerst einen Abänderungsantrag gestellt, zunächst in der FiKo und nun auch hier im Rat. Dann wurde uns signalisiert, bei diesem Geschäft dürfe man keine Abänderungsanträge mehr stellen. Es sei bereits so abgekartet, dass dies nicht mehr möglich sei. Nun kam es zu diesem Rückweisungsantrag dieser zwei Parteien. Jetzt wird wiederum behauptet, man dürfe bei diesem Geschäft auch keinen Rückweisungsantrag stellen, weil diese Gelder sonst verloren gingen. Da sind wir sehr skeptisch, denn der Kanton ist weit voraus und kommt sehr früh mit dem Projekt. Wir sind der Meinung, dass die Gelder dennoch abgeholt werden können. Es stelle sich die Frage, weshalb wir überhaupt dieses parlamentarische Instrument haben, wenn wir es bei den ganz grossen Kisten gar nicht anwenden dürfen. Ich bin froh, wenn der Rat den Rückweisungsantrag unterstützen kann.

Präsident. Der Abänderungsantrag besteht offiziell noch.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Die glp ist sehr froh, dass nach den verschiedenen Irrfahrten und der Unsicherheit, ob man könne oder nicht, der Rückweisungsantrag nun endlich auf dem Tisch liegt und endlich versucht wird, zugunsten der Biolandwirtschaft etwas zu machen. Keine Angst, wir sind nicht dagegen, dass die 50 Mio. Franken vom Bund in den Kanton fliessen. Dieser Rahmenkredit sollte unserer Meinung nach jedoch ein Stück weit lenkend wirken. Wir unterstützen, dass dies in die Biolandwirtschaft geht. Deshalb wurde versucht, in einer zwölften Massnahme noch etwas aufzunehmen. Der Herr Volksdirektor verwarf die Hände und sagte, das gehe nicht mehr, es sei bereits alles geschaffen worden. Lieber Herr Volksdirektor, die süssen Früchte – Volkswirtschaftsdirektor, entschuldigen Sie – hängen manchmal etwas höher. Dann muss man sich noch einmal dahinter machen und muss noch einmal arbeiten und aushandeln. Ich bin überzeugt, dass niemand dagegen ist, der Biolandwirtschaft noch etwas mehr Beachtung zu schenken. Mit diesem Rahmenkredit könnte man das machen. Wir würden deshalb sehr gern sehen, dass in diesem Rahmenkredit, der mit dem Bund neu ausgehandelt werden muss, die Biolandwirtschaft besser unterstützt wird. Ich bin auch überzeugt – und damit bin ich wohl nicht allein –, dass der Bund sicher ein offenes Ohr hat, wenn von einem Landwirtschaftskanton Avancen kommen, die in diese Richtung gehen. Deshalb ist die glp für diesen Rückweisungsantrag mit der Auflage, die Biolandwirtschaft noch besser in das Rahmenprojekt zu integrieren.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Die SVP-Fraktion hat nicht dieselbe Auffassung. Wir sind ganz klar der Meinung, dass es sich bei diesem Projekt im Kern um die Optimierung im Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft geht. Bereits heute sind die gesetzlichen Bestimmungen und die zahlreichen Kontrollen mit einer hohen Regelungsdichte in Zusammenhang mit dem Direktzahlungssystem aktiv. Bei individuell durchgeführten Betriebskontrollen werden mit Nachdruck auch die Anwendungsmethoden und die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln kontrolliert und allfällige Verfehlungen geahndet. Die Gerätschaften, die für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingesetzt werden, sind periodisch durch konzessionierte Kontrollstellen zu überprüfen. Die Geräte bedürfen wie beim Abgastest für Autos einer entsprechenden Zulassung. Personen, die Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft anwenden, müssen spezifische Kurse besuchen. Und

die Abwässer, die bei der Reinigung von Gerätschaften anfallen, müssen vorschriftsgemäss behandelt werden. Trotz dieser bereits vielfach vorhandenen Massnahmen ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass das vorgesehene Projekt sinnvoll ist und dass eine weitere Optimierung in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln angestrebt werden muss. Die Zeit steht nicht still. In diesem Zusammenhang erinnere ich an das bereits erwähnte Bodenschutzprojekt. Ich bringe einmal ein anderes Beispiel: die Ausbringungsmethoden von Hofdünger, Stichwort Schleppschlauch: Die Anwendung wurde optimiert. Die SVP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass das Projekt stärker als ohnehin vorgesehen eine Umstellung auf Biolandwirtschaft bewirken soll. Einige der vorliegenden Massnahmenpunkte sind bekanntlich auch Biobetrieben zugänglich. Damit ist absolut nichts gegen den Stellenwert des Biolandbaus gesagt, im Gegenteil. Denken wir jedoch daran, dass der Biolandbau auch die entsprechenden Marktpotenziale benötigt. Vorhin habe ich etwas von Leistungsabgaben gehört. Da stelle ich mir die Frage, wer diese finanzieren muss: am Schluss der Konsument mit verteuerten Produkten?

Ich möchte mich an diejenige Seite wenden, die nun den Rückweisungsantrag formuliert hat: Denkt auch ein wenig an die Klientel und an diejenigen Leute, die auf günstige Nahrungsmittel angewiesen sind. Lassen wir den Markt nicht ausser Acht. Es ist nicht nur mit Förderbeiträgen getan. Man sieht mit aller Deutlichkeit derzeit im Strommarkt, wohin es führen kann: Niemand sagt mehr, das sei erneuerbare Energie, und da müsse man eben schauen. Man ist dem Markt ausgesetzt. Im Übrigen möchte ich betonen, dass Biobetriebe insbesondere in der Tierhaltung und in den Spezialkulturen stark sind. Getreideanbau, Zuckerrübenanbau, Rapsölproduktion, um nur einige Beispiele zu nennen, wären ohne Pflanzenschutzmittel in der Schweiz nur in einem sehr untergeordneten Umfang möglich. Die SVP lehnt den Rückweisungsantrag ab und unterstützt in dem Sinn das vorliegende Projekt. Sie bittet den Rat, dem Kredit von 10,6 Mio. Franken zuzustimmen.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Es geht hier um ein Projekt «nur» für Pflanzenschutz von 62 Mio. Franken. Ich nehme es vorweg: Die BDP stimmt dem Rahmenkredit zu. Es gibt jedoch einige kritische Fragen, die ich hier anmerken will. Gibt es wirklich so viele Probleme mit dem Pflanzenschutz in der Landwirtschaft? Was kann man mit diesen 62 Mio. Franken verbessern? Als gelernter Bauer habe ich ein etwas ungutes Gefühl bei diesem Kredit. Das Projekt stellt der Landwirtschaft nicht gerade ein gutes Zeugnis aus. Ich bin nicht ganz sicher, ob dieser Kredit gerechtfertigt ist. Es gibt sicher grösseren Handlungsbedarf in der Landwirtschaft. Die Probleme liegen an einem völlig anderen Ort: vor allem bei der Vermarktung, bei den Preisen, beim Einkommen, bei den Kosten. Dort wäre der Handlungsbedarf wahrscheinlich grösser. Ich bin überzeugt, dass diese 62 Mio. Franken in der Landwirtschaft effizienter und gewinnbringender eingesetzt werden könnten. Mit einem etwas unguten Gefühl in der Magengegend, wie gesagt, und das nicht wegen der Lebensmittel, die wir essen, stimmen wir dem Kredit einstimmig zu.

Zu den Anträgen Baumann: Die Förderung des Biolandbaus ist sicher ein berechtigtes Anliegen, aber wie wir gehört haben, geschieht dies nicht auf dieser Schiene und ist mit diesem Projekt nicht vereinbar. Deshalb lehnen wir den Antrag ab und ebenfalls den Rückweisungsantrag von Grossrätin Fuhrer, der in eine ähnliche Richtung geht. Die Umstellungsbeiträge sind auf einer anderen Schiene, und zudem gelten neun der zwölf Massnahmen des Pflanzenschutzprojekts auch für den Biolandbau. Es geht also nicht darum, die Biobauern gegen die konventionellen Bauern auszuspielen. Es gilt für beide Gruppen von Bauern. Die BDP lehnt auch diesen Antrag ab und stimmt dem Kredit zu.

Niklaus Gfeller, Rüfenacht (EVP). Die EVP-Fraktion begrüsst das Pflanzenschutzprojekt 2017–2025. Es ist für uns richtig und zukunftsgerichtet, wenn der Einsatz der unterschiedlichen Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft optimiert wird und wenn die Umweltrisiken wo weit als möglich reduziert werden. Für uns sind hier zwei Sachen wichtig: Es ist eine klare Forderung, dass die Landwirtschaft vermehrt eine ressourcenschonende Bewirtschaftung betreibt. Wir sind stark der Meinung, dass uns die nachfolgenden Generationen für den Entscheid in diese Richtung danken werden. Wir sind der Meinung, dass das Pflanzenschutzprojekt ein Schritt in die richtige Richtung ist. Der zweite Punkt, der Schutz der Oberflächengewässer, ist für uns aus Sicht des Umweltschutzes ebenfalls ein grosses Anliegen. Die Auswirkungen von Pflanzenschutzunfällen auf unser Ökosystem erachten wir als sehr bedenklich. Solche Vorfälle passieren leider immer wieder. Es ist für uns zentral, dass die Anwender von solchen Chemikalien so weit als möglich sensibilisiert werden und dann mit der nötigen Sorgfalt und den nötigen Einrichtungen arbeiten. Wir sind der Meinung, dass die Anliegen der Biolandwirtschaft in geeigneter Form in dieses Projekt aufgenommen wurden.

Wir möchten das Pflanzenschutzprojekt jetzt nicht mit einer Rückweisung gefährden. Wir werden dem Verpflichtungskredit zustimmen wie beantragt.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Ich nehme es vorweg: Die FDP wird dem Kredit zustimmen, auch wenn es sich um viel Geld handelt. Es ist jedoch wichtig, dass man beispielsweise die Spritzen oder den Rest der Spritzmittel gezielt und gut entsorgt, dies auch wegen des Grundwassers. Wir begrüßen es, wenn man weniger Pflanzenschutzmittel braucht. Das möchte auch der Konsument. Ich persönlich kenne das: Es geht sehr oft nicht ganz ohne. Im vorliegenden Projekt ist der Biolandbau ganz klar mitberücksichtigt. In der FiKo haben wir eine Liste erhalten, auf der die Verteilung aufgeführt ist. Dort steht siebenmal b, also bio. Bio kann auch davon profitieren. Und auch Umstellungsbetriebe können während zwei Jahren von Massnahmen profitieren. Deshalb ist es aus meiner Sicht ausgewogen, wie das Geld verteilt werden soll.

Wir sind gegen die Anträge, die gestellt wurden, und zwar nicht zuletzt, weil hier eine Vereinbarung vorliegt, auf die sich der Bauernverband und die Biovertreter geeinigt haben. Würden wir das Ganze nun über den Haufen werfen und zurückweisen, gingen wir das Risiko ein, dass kein Geld vom Bund kommt. Zudem erwiesen wir dem Umweltschutz damit keinen guten Dienst. Deshalb bitte ich den Rat, dem Kredit zuzustimmen.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil (EDU). Die EDU ist mehrheitlich der Meinung, dass es gut wäre, wenn man weniger Pestizide einsetzen würde, und dass man, wenn man sie denn einsetzt, die Spritzen besser wäscht und bessere Waschplätze einrichtet. Deshalb stimmen wir dem Kredit zu. Wir halten den Rückweisungsantrag nicht für sinnvoll. Ich glaube nicht, dass wir noch andere Sachen verhandeln können. Als Biobauer bin ich natürlich dafür, dass man den Biolandbau fördert, deshalb werde ich dem Abänderungsantrag zustimmen und bin dankbar, wenn der Rat das ebenfalls tut.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Ich möchte nur ganz kurz dem Antragsteller der Grünen etwas sagen: Er hat die vielen Pflanzenschutzspritzen erwähnt, die subventioniert würden, und dass die Steuerzahler dies finanzieren. Ich bin befangen in diesem Bereich, ich habe einen Junior, der einen Biobetrieb hat, und einen, der integriert nach IP-Suisse-Richtlinien produziert, dort, wo auch ich zu Hause bin. Der Sohn, der den Biobetrieb hat, hat ebenfalls eine Pflanzenschutzspritze. Er hat einen Ackerbaubetrieb und muss dieselben Vorschriften einhalten wie alle anderen auch. Er wird ebenfalls einen Waschplatz machen müssen. Er spritzt nicht weniger, sondern verwendet andere Mittel. Das kann ich an dieser Stelle klar sagen. Man darf nicht einfach den Eindruck haben, das gehe alles an die «Vergiftungsbauern», um es ganz scharf zu formulieren. Das geht an alle Bauern. Ich weiss auch, wie viele an Direktzahlungen ein Biobetrieb erhält. Auch sie erhalten Direktzahlungen. Man muss immer etwas vorsichtig sein mit solchen Aussagen.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Hier im Saal hat man jetzt fast das Gefühl, wir wollten alle vergiften. Dazu nur schnell ein kleiner Satz: Ich bleibe deswegen trotzdem dankbar, einen Beruf zu haben, der mir die Möglichkeit gibt, 60 Stunden pro Woche zu arbeiten, um Lebensmittel zu produzieren für Leute, die dauernd glauben, man wolle sie vergiften. Das kann nicht unser Ziel sein, sonst hätten wir ja keine Kunden mehr. Ich kann dazu nur sagen, dass der Landwirt schon heute alles daran setzt, die Mittel effizient einzusetzen und nur dann, wenn es sie wirklich braucht. Wir wollen schliesslich gesunde, gute und schöne Lebensmittel produzieren. Übrigens sind sie auch viel zu teuer, um etwas damit zu anzustellen. Immer wieder werden Biolandwirte und konventionelle Bauern gegeneinander ausgespielt. Das ist störend. Einerseits ist dabei der Markt bestimmend, und andererseits muss jeder Betriebsleiter selbst wissen, in welche Richtung er gehen will, wo es für ihn stimmt und wo die Produkte ihren Absatz finden. Das ist so und lässt sich nicht ändern. Übrigens hat heute jeder konventionelle Betrieb fast 10 Prozent Ökofläche. Also trägt jeder dieser Betriebe bereits ziemlich viel zur Ökologie bei. Wir Bauern sind schliesslich auf die Natur angewiesen. Wir wären ja dumm, wenn wir komplett gegen sie vorgehen würden.

Ich habe es nicht so gern, wenn immer von Pestiziden, einem Sammelbegriff, gesprochen wird. Die Pflanzenschutzmittel – der Name sagt es bereits – haben zum Ziel, Pflanzen zu schützen, entweder vor Unkraut, vor Pilzen oder vor Käfern und Insekten. Wir kennen diese Schutzmittel genau gleich. Es sind dann keine Pflanzenschutzmittel mehr, sondern Schutzmittel für uns. Sonnencreme ist auch Chemie. Auch Insektenspray wird sehr viel gebraucht und ist sehr giftig. Meistens enthalten diese Sprays sogar Ansätze von Nervengift. Dazu kommt der Schutz unserer Kleider, wenn wir Imprä-

nierspray brauchen, Schutz und Pflege unserer Geräte, aber auch Körperpflege. Vergleicht doch bitte Gleiches mit Gleichem und lasst den gesunden Menschenverstand walten! Wir haben ein Interesse daran, die Natur zu erhalten und nicht gegen sie zu sein.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Es geht hier um 10 Mio. Franken aus unserer Kantonskasse. Wie wir schon in vielen Diskussionen gehört haben, herrscht da eine sehr angespannte Lage, und in Zukunft sieht es noch schlechter aus. Es erstaunt mich immer wieder, wie man sowohl in kantonalen Parlamenten, vor allem aber auch im nationalen Parlament jegliche Kritik ausschaltet, wenn es um die Landwirtschaft geht. Zuerst habe ich das von aussen verfolgt, und nun verfolge ich es von innen. Dann sind die Finanzen plötzlich nicht mehr wichtig und man macht ohne Weiteres 10 Mio. Franken locker. Man darf auch nicht über Sinn und Unsinn dieser Programme sprechen: Nein, es ist einfach gut, damit unterstützen wir ja unsere Bauern. Ich komme selbst auch aus einer Bauernfamilie. Aber es kann doch nicht sein, dass man nicht über Sinn und Unsinn reden darf, wenn es darum geht, die Landwirtschaft mit öffentlichen Geldern – notabene 10 Mio. Franken – zu unterstützen. Sinn und Unsinn sind für mich das Wichtigste.

Eigentlich handelt es sich um eine Mogelpackung. Der Kanton gibt 10 Mio. Franken, dafür holen wir 50 Mio. Franken vom Bund. Vielleicht muss man auch einmal ehrlich sein und sagen, dann soll doch der Bund auf seinem Geld sitzenbleiben. Eigentlich fährt er in der Landwirtschaft einen rechten Zickzackkurs. Zuerst macht er ein Bodenschonprogramm, mit dem gefördert wird, dass die Bauern möglichst viel Glyphosphat ausbringen, verspritzen und ihren Getreideanbau machen, und nun kommt er mit dem nächsten Programm, bei dem darauf geachtet werden muss, dass die Bauern zurückfahren müssen. Es geht doch eigentlich nur ums Geldverteilen. Was mit dem Geld gemacht wird, scheint mir manchmal auch beim Bund weniger ein Thema zu sein. Wir können das Geld gut sprechen, aber wenn das Sinn machen soll, muss es auch wirklich Anreize setzen. Das Ziel muss sein, den Verbrauch herunterzufahren. Dahinter steht wohl die Mehrheit der Bevölkerung. Niemand will Gift. Wenn man den Verbrauch herunterfahren wollte, hätte man auch mit den Biobauern und Biovertretern im Vorfeld verhandeln und sie miteinbeziehen müssen. Das wurde nach meinem Kenntnisstand nicht gemacht. Wenn man das Geschäft zurückweist, kann man das noch nachholen. Wir sind der erste Kanton, der das Geld abholt. Deshalb dürfen wir gut noch einmal eine Pause einlegen und dafür sorgen, dass das noch sauber gemacht wird, dass alle Interessenten einbezogen werden und ein Anreiz geschaffen wird. Meines Erachtens muss das Ziel sein, möglichst wenig Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP). Als Präsident des Berner Bauernverbands gebe ich als Steuerzahler und Konsument ebenfalls zu, dass es um viel Geld geht, über das wir diskutieren und beschliessen. Es ist jedoch kein neuer Kredit, den wir einfach aus der Staatskasse beantragen. Es geht um die Verlängerung eines bestehenden Kredits, in dem das Bodenschutzprogramm lief. Von Anfang an möchte ich klarstellen, dass die Berner Biobauern bei uns im Vorstand vertreten und seit 14 Monate in das Projekt involviert sind. Sie waren in der Projektgruppe, und das Ziel besteht darin, ein Projekt mit den Berner Biobauern aufzustellen. Nächste Woche findet die erste Sitzung statt, um nur Biolandbau im Bernbiet zu fördern. Deshalb kommt das quer hinein, weil wir mit dem BLW und dem LANAT dieses Projekt bereits aufgegleist und besprochen haben. Ich wäre dem Rat dankbar, wenn er den Rückweisungsantrag ablehnen und dem Kredit zustimmen könnte.

Patric Bhend, Steffisburg (SP). Ich habe grundsätzlich eine hohe Meinung von den Bauern. Mein Grossvater war Bauer, und deshalb bin ich im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Stallgeruch vertraut. Ich weiss deshalb auch, dass ihr Bauern einen harten und oft nicht einfachen Job verrichtet. Ich habe jedoch grosse Mühe mit der Rosinenpickerei eures Berufsstands. Es gibt kaum einen Bereich in der Landwirtschaft, der nicht subventioniert wird. Ich nenne einige Beispiele: Es gibt Zulagen für steile Hänge, Zulagen für den Transport der Tiere, Starthilfen für Jungbauern, zinslose Darlehen und so weiter und so fort. Ich glaube, wenn ich alles aufzählen würde, was auf der Liste steht, wäre meine Redezeit längst verstrichen. Trotzdem beschwert ihr euch immer wieder über die öffentliche Hand, über die Steuern und über einen ineffizienten Mitteleinsatz unter dem Motto «Verschleuderung von Steuergeldern». Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim vorliegenden Kreditantrag geht es volkswirtschaftlich gesehen effektiv genau um das: um eine Verschleuderung von Steuergeldern, und zwar nicht von wenig. Die vorgesehenen Beiträge sind nämlich gedacht für den Nichteinsatz oder den weniger starken Einsatz von Pflanzengiften. Das ist eigentlich absurd. Es ist wirklich nur bei den Bauern möglich, dass die Abkehr von einem für die Umwelt und die Bevölkerung

schädlichen Verhalten mit Geld belohnt werden soll. Alle anderen Betriebe können sich dasselbe nicht vergolden lassen. Bei der Solina gab es vor Kurzem eine beco-Inspektion. Bemängelt wurde, dass nicht alle Reinigungsmittel in Auffangwannen stehen. Was passiert nun? Wir müssen die fehlenden Wannen anschaffen, notabene auf eigene Rechnung. Bei den Bauern werden solche Wannen – im übertragenen Sinn, wenn man den Kredit liest – subventioniert. Das geht doch nicht. Ich störe mich zudem auch an der Finanzierung. Die Bauern haben sich allgemein ein sehr ausgeklügeltes System ausgedacht: Wenn der Kanton Bern die 10 Mio. Franken nicht spricht, fliessen auch die 50 Bundesmillionen nicht. Und mit dieser Drohgebärde bringt man am Schluss auch zweifelhafte Vorlagen durch. Das Finanzierungssystem widerspricht ganz klar dem Prinzip «Wer zahlt, befiehlt.». Hier zahlt der Kanton, und der Bund befiehlt. Für mich ist es nun einfach genug. Ich bin heute bereit, auf die 50 Mio. Franken des Bundes zu verzichten und die 10 Mio. Franken für den Kanton Bern einzusparen. Wenn man eine Pflanzengiftreduktion erreichen will, gibt es viel billigere Mittel: Man kann sie einfach verbieten oder man kann Richtlinien festsetzen, wie viel eingesetzt werden darf. Das ist beispielsweise auch bei der Luftreinhalteverordnung der Fall, bei vielen KMU, die Luftfilter einsetzen müssen. Ich bin überzeugt, dass die Bauern das auch können und dass viele von euch auch den Stolz haben, es aus eigenem Effort zu schaffen. Ich werde deshalb den Kredit mit Überzeugung ablehnen.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP). Ich will nicht allzu lange sprechen. Ich bin jedoch als Gemeinderätin für Soziales in Lyss sehr erstaunt. Ich trage die Konsequenzen, welche von Kürzungen im Sozialwesen ausgelöst werden. Motivationszulagen werden gestrichen, und gleichzeitig werden hier Motivationszulagen – und nichts anderes ist dies aus meiner Sicht – für die Landwirtschaft gesprochen. Ich finde das grundsätzlich eine Frechheit.

Nathan Güntensperger, Biel/Bienne (glp). Ich kann mich den beiden Vorredner anschliessen. Ich bin persönlich etwas erstaunt, dass immer diejenigen Parteien, die sich das Steuersenken und Sparen auf die Fahne geschrieben haben, auf der andern Seite wiederum Geld ausgeben und das Ganze immer schön verklausuliert über die übergeordneten Stellen machen. Ich bin Stadtrat in Biel; dort sieht man es immer gern, wenn einem der Kanton Geld gibt. Das nimmt man immer gern. Im Kanton ist das anscheinend gar nicht anders, in dem Sinn, dass man das Geld einfach vom Bund gern nimmt. Es ist für mich schwer verständlich, dass ausgerechnet die Parteien, die immer Steuern sparen und unbedingt Steuern senken wollen, hier Steuergelder wieder irgendwo in die Böden hinauswerfen. Ich werde das ablehnen.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Wir führen hier eine Landwirtschaftsdebatte, aber es juckt doch den einen oder andern Landwirt, zu dieser Thematik gleichwohl etwas zu sagen, weil wir sehr stark angegriffen werden. Das Ressourcenprogramm Boden ist ein Bestandteil auf dem stetigen Weg zur Verbesserung im Umgang mit unseren Ressourcen, damit nicht immer behauptet wird, wir würden alles zerstören. Ein Teil davon ist auch der Einsatz des Pflanzenschutzes. Auch im Bereich der Ausbildung haben wir in den letzten Jahren dort stetig Verbesserungen vorgenommen. Gerade im Rahmen der überbetrieblichen Kurse werden heute alle jugendlichen zukünftigen Bauern, die ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis erlangen, im Umgang mit dem Nutzen und den Gefahren des Pflanzenschutzes geschult. Da erfolgen laufend Verbesserungen. In Zusammenarbeit mit den Ausbildungsverantwortlichen wurde auch das Ressourcenprogramm Boden gemacht. Das ist ein Puzzleteil davon, damit eine Branche, die sich mit dem Einkommen schwertut, über das Ressourcenprogramm Unterstützung für eine Beschleunigung der Verbesserungen, die gleichwohl notwendig sind, erhält. Ich hoffe, dass das Ressourcenprogramm vom Rat verabschiedet wird. Den Biobauern, die ebenfalls noch ihr Veto eingelegt haben, muss ich sagen: Sie werden berücksichtigt. Sie werden auch im Bereich von Programmen, in denen man auf den Pflug verzichtet, um den Boden zu schonen, ab diesen Jahren ebenfalls mit Beiträgen berücksichtigt.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Wenn ich auf die Uhr schaue, geht es nicht mehr lange, und wir alle gehen essen. Wie viel essen wir im Jahr? Wie viel essen Sie heute? Der Durchschnittsschweizer isst pro Tag etwas mehr als 2,5 Kilogramm. Multipliziert man das mit 365, kommt man etwa auf 900 Kilogramm, die wir Schweizerinnen und Schweizer jährlich essen. Um das zu produzieren, braucht jeder Schweizer rund 600 Quadratmeter Land – mal 8,5 oder bald schon 9 Millionen: Dafür werden etwa 500 000 Hektaren benötigt. Wir haben einen Selbstversorgungsgrad von brutto ungefähr 60 Prozent, netto ist es weniger. Ich stelle hier die Frage: Wollen wir das, was wir jetzt produ-

zieren, noch in der Schweiz produzieren und wollen wir noch Schweizer Produkte essen können oder nicht?

Hier geht es eigentlich um die Frage, ob man ein Förderprogramm, das am 1. August 2009 ins Leben gerufen worden war, um Massnahmen für bodenschonende Anbausysteme zu treffen – Mulchsaaten, Direktsaaten, Streifenfrässaaten und so weiter sowie die Verminderung von Ammoniak bei Hofdüngeraustrag –, und bis Ende Juli 2015 galt, weiterführen will. Das kostete Geld und hat dazu geführt, dass geprüft wurde, ob man die Böden, die man bisher gepflügt hatte, anders bewirtschaften kann. Ich will nicht darauf eingehen, ob man das Geschäft zurückweisen soll oder nicht. Ich möchte aber an dieser Stelle aus meiner Sicht noch einmal sagen: Liebe Anwesende, wir bewirtschaften zu Hause etwas mehr als 46 Hektaren und haben eine topausgerüstete Spritze. Ich stehe dazu. Wir haben aus diesem Förderprogramm nie Geldmittel beansprucht, weil wir ganz anders Ackerbau betreiben. Wir haben immer versucht, den Boden zu schonen. Als Präsident eines Wasserbauverbandes sehe ich auch, wie viele Spritzmittel in den Gewässern sind und dass Massnahmen für eine Reduktion notwendig sind. Dazu muss wohl jeder Bauer stehen. Damit man das machen kann, gibt es nun ein neues Förderprogramm. Mich stört daran, dass viel zu viel Geld in die Verwaltung, in die Kontrollen fliesst. Wenn wir Massnahmen zur Förderung des Biolandbaus treffen und zum Beispiel die schonende Landwirtschaft fördern können, bin ich dafür. Aber wenn die Millionen nur noch für Kontrollen verwendet werden, bin ich dagegen. Ich wünsche allen «e Guete».

Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (SP). Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin, wenn immer möglich, erklärte Einkäuferin von Bioprodukten. Von daher ist die ganze Diskussion für mich als Nichtfachfrau im Landwirtschaftsbereich einfach abstrus. Mit der genau gleichen Haltung könnten wir fordern, dass ich eine Entschädigung von 10 Rappen erhalte, wenn ich keinen Plastiksack mitnehme, wenn ich bei Coop, Migros oder sonst wo einkaufe, weil ich damit etwas für die Umwelt tue. Dies, um aufzuzeigen, dass es gar keine Rolle spielt, ob wir das Geschäft ablehnen oder nicht: Es geht um ein Meccano, das ich widersinnig finde. Und das Einzige, was ich hier vorn machen kann, ist, zu betonen, dass wir mehr Investitionen in den Biolandbau brauchen.

Andreas Rickenbacher, Volkswirtschaftsdirektor. Ich danke für die Diskussion. Das meiste ist wohl gesagt. Deshalb fasse ich mich kurz, damit der Rat noch vor der Mittagspause abstimmen kann. Ich bin davon überzeugt, dass solche Ressourcenprogramme wichtig sind. Im Vergleich zur Konsumentenpolitik haben wir in der Schweiz nun einmal eine Landwirtschaftspolitik. Wir wollen von der Landwirtschaftspolitik und der schweizerischen Ebene her Anreize setzen, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Landwirtschaft in die richtige Richtung geht. Das ist der Unterschied zur Situation des Plastiksacks in der Migros. Der Kanton Bern hat in den Jahren 2009–2015 mit dem Bodenprogramm Pionierarbeit geleistet. Deswegen haben wir uns im Kanton überlegt, welche weiteren Themengebiete es gebe, bei denen wir zusammen mit dem Bund versuchen können, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen. Der Kanton Bern kam zusammen mit dem Bund zur Einschätzung, die Pflanzenschutzmittel seien zum Teil etwas Gefährliches und würden unsere Gewässer gefährden. Deshalb macht es Sinn, dort mit Massnahmen einzugreifen und vom Staat her mit den richtigen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Pflanzenschutzmittel, die zum Teil eingesetzt werden müssen, auf eine Art und Weise eingesetzt werden, die für die Umwelt und auch für uns Menschen etwas weniger schädlich ist. Mit den Partnern des Bundes und mit dem Berner Bauernverband haben wir daher dieses Programm ausgearbeitet. Das haben meine Mitarbeitenden gemacht und haben es mit dem Bund verhandelt. Ganz kurz kann ich festhalten, dass dieses Programm ein Hauptziel hat. Dieses besteht darin, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft zu optimieren und damit die Umweltrisiken zu reduzieren. Ich glaube, grundsätzlich können alle hinter diesem Ziel stehen. Deswegen unterstützt der Regierungsrat das Programm, das dem Rat heute vorgelegt wird.

Ich komme ganz kurz zum Rückweisungsantrag: In der Finanzkommission wurde sowohl im Ausschuss wie auch im Plenum eine intensive Debatte geführt. Die Mehrheit hat sich dafür ausgesprochen, das Programm so zu verabschieden. Wie hier gesagt wurde, werden durchaus auch Biobetriebe und insbesondere auch Umstellungsbetriebe von diesem Programm profitieren können. Bei der einen oder anderen Massnahme sehen wir sogar gewisse Möglichkeiten, dass Betriebe durch das Programm und die Beiträge, die gesprochen werden, motiviert werden könnten, allenfalls Umstellungsbetrieb und später Biobetrieb zu werden. Grossrätin Schöni sagte, wird sollten uns nicht weigern zu arbeiten und sollten noch einmal mit dem Bund verhandeln. Meine Leute arbeiten gern, das haben sie in den letzten Jahren bewiesen. Das ist nicht das Problem. Die Problematik der

Rückweisung liegt darin, dass sie eine zeitliche Verzögerung zur Folge hätte. Es ist nicht klar, ob die Bundesmittel nachher noch vorhanden wären. Wenn die Rückweisung dem politischen Willen des Parlaments entspricht, sind wir aber gerne bereit, die Verhandlungen noch einmal zu führen und dies auf Bundesebene einzubringen. Man muss jedoch sehen, dass die zeitliche Verzögerung natürlich vorhanden wäre. Wenn ich das alles gewichte, komme ich nach wie vor zur Erkenntnis, dass das Programm für die Landwirtschaft, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie für die Umwelt positiv ist. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dem Kredit zuzustimmen.

Präsident. Wir stimmen noch vor dem Mittagessen über den Rückweisungsantrag ab. Wer den Rückweisungsantrag annehmen will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung des Rückweisungsantrags

Ja	53
Nein	86
Enthalten	4

Präsident. Der Rat hat den Rückweisungsantrag abgelehnt. Guten Appetit.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr.

Die RedaktorInnen:
Priska Vogt (d)
Catherine Graf Lutz (f)